



Bei Darstellungsproblemen klicken Sie bitte hier.



Das tägliche Entscheider-Briefing zu Digitalisierung & KI, 22.04.2020

Sehr geehrte Frau Groh,

es ist eine der digitalpolitischen Entdeckungen der Coronakrise: Weltweit führen in den vergangenen Wochen unzählige Regierungen sogenannte **Hackathons** durch. Abertausende Entwickler, Designer und interessierte Bürger arbeiten dabei gemeinsam an innovativen Projekten, die Probleme der Pandemie lösen sollen.

Deutschland war ziemlich früh dran – und hat mit Zehntausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern womöglich gleich einen neuen Weltrekord aufgestellt. Hat das vielleicht zu etwas überschwänglichen Äußerungen der Politik in der Öffentlichkeit geführt? Denn obwohl rasche und unkomplizierte Hilfe versprochen wurde, ist noch **kein einziger Euro vom Bund geflossen**. Das Bundesforschungsministerium (**BMBF**) könnte nun aber bald den Anfang machen, hat Matthias Punz recherchiert.

Keine Woche ist es her, da erklärten Bund und Länder bei der Entwicklung einer **Corona-Warn-App** für die Rückverfolgung von Kontakten den **Pepp-PT-Standard** zu unterstützen. In einer schriftlichen Antwort auf eine Frage der digitalpolitischen Sprecherin der Linken, **Anke Domscheit-Berg**, heißt es nun, dass zwei Alternativen ebenfalls geprüft würden. Warum die Digitalverbände auf ein schnelles Ende des hitzig geführten Expertenstreits um App-Standards drängen und warum Frankreich weiter auf eine Lösung mit zentraler Server-Infrastruktur setzt, schreibt Paul Dalg.

Währenddessen macht sich ein Konsortium unter der Federführung des Kölner Vereins **Digital Health Deutschland** bereits Gedanken, wie ein Leben mit dem Virus nach einer eventuellen Lockerung der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen aussehen könnte. Die beteiligten Unternehmen, darunter auch die **Bundesdruckerei**, entwickeln ein „**digitales Gesundheitszertifikat**“, mit dem Nutzer ihren Impf- und Gesundheitsstatus ausweisen können. Ein Teil des Systems ist in dieser Woche bereits an der **Uniklinik Köln** in Betrieb gegangen. Der Bundesdatenschutzbeauftragte wurde bislang nicht in das Projekt mit einbezogen, berichtet Sebastian Christ.

Wie bleibt die Verwaltung während der Krise handlungsfähig? Einzelne **digitale Prototypen** reichen nicht aus, um die Offline-Verwaltung zu ersetzen, schreibt **Claudia Jach** von Code for Germany in ihrem Gastbeitrag. Stattdessen muss eine krisenresiliente Verwaltung aufgebaut werden – mit **Open Data**, offener Software und gemeinsamen Standards.

Die wichtigsten Themen im Überblick:

- Hackathon: Kommt jetzt das Geld vom Bund?
- Coronakrise: „Digitaler Impfpass“ soll den Weg aus dem Lockdown ebnen
- Corona-App: Bund prüft drei Konzepte
- Neue Unternehmenskampagne: Microsoft will Open Data fördern
- Coronaforschung: Datenplattform gestartet
- App-Streit: vitabook zieht gegen Google vor Gericht
- Standpunkt: Claudia Jach von Code for Germany über Open Government in der Corona-Krise
- Im Porträt: Laurent Petit, Gründer von Active Giving

Background Presseschau

Huawei, China's mobile carriers bring 5G communications to Mount Everest
[scmp.com](https://www.scmp.com)

Künstliche Intelligenz: Wann ist Forschung zu gefährlich für die Öffentlichkeit?
[golem.de](https://www.golem.de)

Corona-App: Firma aus dem Entwicklerkonsortium hat Schwierigkeiten mit Transparenzstandards [stern.de](https://www.stern.de)

RKI greift bei Corona-Datenspende direkt auf Server zu [golem.de](https://www.golem.de)

Das werden die wichtigsten Technologietrends 2020 [handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com)

Hessens Krisenstab erntet Kritik für Einsatz von Palantir-Software
[sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de)

Google verbindet das Gesundheitssystem mit der Cloud Healthcare API [heise.de](https://www.heise.de)

Ab nächster Woche sind Einträge in Google Shopping kostenlos [t3n.de](https://www.t3n.de)

Arago-Gründer: Der politische Unternehmer hinter der Corona-App [faz.net](https://www.faz.net)

KI-Pionier Douglas Lenat: Comeback der Expertensysteme [heise.de](https://www.heise.de)

Wachstum bei Huawei verlangsamt sich deutlich [derstandard.de](https://www.derstandard.de)

Microsoft startet Initiative für Datenoffenheit [handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com)

Datenleck beim App-Anbieter: Aptoide-Nutzer müssen Passwort ändern [t-online.de](https://www.t-online.de)

Chaos Computer Club findet Schwachstellen in "Corona-Datenspende" [spiegel.de](https://www.spiegel.de)

SBA data breach compromises business owners' data [politico.com](https://www.politico.com)

Apple and Google CEOs should be held responsible for protecting coronavirus tracking data, says GOP Sen. Hawley [cnbc.com](https://www.cnbc.com)

It's foolish to worry about privacy when data can help fight coronavirus [cnn.com](https://www.cnn.com)

Hackers targeted Britain's virus furlough scheme just hours after it went live

cnbc.com

Ripple sues YouTube over cryptocurrency scams reuters.com

Artificial Intelligence is Molding Life on Earth coinspeaker.com



Matthias Punz

Hackathon: Kommt jetzt das Geld vom Bund?

Die Bundesregierung tauchte die vergangenen Wochen etwas unter, was die Unterstützung für die Projekte aus ihrem Hackathon betrifft. Versprochen wurde rasche und unkomplizierte Hilfe, doch so einfach war das nicht. Nun aber soll das erste Bundesressort helfen.



Die Euphorie war groß. Von einer „**Sternstunde der Demokratie**“ bis zum „**Woodstock 4.0**“ wurden einige Superlative bemüht rund um den [rekordverdächtigen Hackathon der Bundesregierung](#) im März. Auch Digitalstaatsministerin **Dorothee Bär** (CSU) zeigte sich enthusiastisch. Die Veranstaltung habe die Politik gelehrt, dass es möglich sei, extrem schnell und unkompliziert Entscheidungen zu treffen. „Wenn **Wandel stattfinden muss**, dann können wir es mit am besten, das hat dieses Wochenende gezeigt“, so Bär. Das Internet sei in diesen drei Tagen wieder zu dem geworden, als was es einmal gedacht war: „ein besserer Ort für die ganze Welt.“

Neben der Digitalstaatsministerin begleitete auch Kanzleramtschef **Helge Braun** (CDU) die von sieben Tech-Netzwerken initiierte Veranstaltung in der Öffentlichkeit. Deutschland, so Braun, wurde „das erste Mal ein richtiger **digitaler Trendsetter**“. Der Bundesregierung sei es wichtig, dass es „jetzt am schnellsten und unbürokratischsten“ weitergeht. Sowohl das Bundeskanzleramt als auch einzelne Bundesressorts würden für die Begleitung und Umsetzung der Projekte finanzielle Hilfe bereitstellen, kündigte Bär an. Doch vier Wochen nach der großen Hacker-Party ist noch **kein einziger Euro** überwiesen worden. Was ist der Grund? Und wie geht es weiter?

Bisher unterstützen drei Unternehmen

Aktuell kommen die Unterstützungspartner aus der Privatwirtschaft: die **BMW Foundation** Herbert Quandt, das **Vodafone Institut** für Gesellschaft und Kommunikation und **Google**. Die Stiftung des Autoherstellers, [bestätigte eine Sprecherin](#), bringe insgesamt **100.000 Euro** sowie nicht-finanzielle Unterstützung bei der Begleitung und Umsetzung der beim Hackathon entstandenen Projekte ein. Die Vodafone Stiftung unterstützt vor allem personell, teilte ein Sprecher mit. Auch Google bringt Know-how ein. Ziel des [Solution Enabler](#) genannten und bereits laufenden Teils des Unterstützungsprogramms ist es, möglichst viele der [130 ausgewählten Projekte](#) in die Praxis zu bringen.

der [100 ausgewählten Projekte](#) in die Praxis zu bringen.

Die Teams aus dem Hackathon arbeiteten dafür bisher **ehrenamtlich**. Doch nicht nur das Geld fehlte bisher: Manchen Teams mangelte auch es an **notwendigen Informationen** und Ansprechpartnern aus der Verwaltung, um die benötigten Lösungen zu bauen. „Ohne diese Angaben ist es für uns unmöglich, eine Lösung zu entwickeln, die am Ende auch wirklich in den Live-Betrieb geht“, [sagte ein Mentor eines Teams zu Tagesspiegel Background](#).

Viele Ressourcen in den Bundesressorts sind aktuell gebunden, in der Krise scheint es doch nicht so einfach zu sein, sich personell und finanziell um die **vielen Entwickler und ihre Ideen** zu kümmern. Womöglich weckten die **überschwänglichen Äußerungen** bei manchen Teilnehmern und der Öffentlichkeit auch einfach falsche Erwartungen. Eine für Außenstehende seltsame Optik könnte zudem ein am Montag angekündigter Hackathon des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (**BMZ**) erzeugt haben, [für den bereits Millionen bereitstehen](#). Die Motivation scheint in den Teams allerdings aktuell nach wie vor hoch zu sein.

BMBF als erster Geldgeber der öffentlichen Hand

Damit das so bleibt, steigt der Druck, bald Lösungen zu präsentieren. Bereits am Montag, als sich die Staatssekretäre im Vorfeld des heutigen Bundeskabinetts trafen, war das Unterstützungsprogramm Thema. Dorothee Bär soll sich zudem laut Informationen von Tagesspiegel Background gestern nochmals direkt **an die Bundesressorts** gewandt haben. Auf Anfrage teilte ein Regierungssprecher mit, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (**BMBF**) nun der erste Geldgeber sein soll.

Über den „**Prototype Fund**“, ein BMBF-Förderprogramm für Open-Source-Projekte, könnten die ersten Digitallösungen aus dem Hackathon unterstützt werden. „Nach einer ersten Prüfung könnte das auf etwa **15-30 Projekte** von insgesamt 130 zutreffen, die dann für **drei bis sechs Monate** gefördert werden könnten“, erklärt der Sprecher, der keinen konkreten Förderbetrag nannte.

Das Kanzleramt werde zudem eine „**fünfstellige Summe**“ bereitstellen. Weitere finanzielle Unterstützung, so der Sprecher, werde derzeit in anderen Ressorts geprüft. Zusätzlich werden aktuell **Paten in den Ministerien** gesucht, die als Ansprechpartner für die Teams fungieren sollen. „Die Euphorie über die schnelle Hilfe aus der Zivilgesellschaft ist bei den Ministerien noch immer ungebrochen, die Koordination übernehmen Staatsministerin Bär und das Bundeskanzleramt.“

Die Bundesregierung auf der Suche nach Fördertöpfen

Der Plan für die finanzielle Hilfe sieht folgendermaßen aus: Die Bundesregierung sucht aktuell nach **bestehenden Förderstrukturen**, die mit den Projekten aus dem Hackathon kompatibel sind. Es geht dem Vernehmen nach allerdings nicht darum, diese bloß anzuzapfen, sondern mit zusätzlichen Mitteln auszustatten.

vollkommen **neue Programme** aufzusetzen sei rechtlich schwierig und dauere lange.

Der Prototyp Fund scheint ein nahe liegender, erster Treffer in dieser schwierigen Suche zu sein. Das BMBF-Programm unterstützt Einzelpersonen oder kleine Teams mit einer Anschubfinanzierung von bis zu 47.500 Euro dabei, digitale Projekte mit Gemeinwohlinteresse vom Konzept in die Praxis zu bringen. Die Leiterin des Förderprogramms, **Adriana Groh**, ist zugleich eine der Organisatorinnen des Hackathons. Open Source war wie beim Prototyp Fund bereits eine Bedingung für Projekte aus dem Hackathon.

Auch bei der **personellen Hilfe** könnte sich etwas tun. Diese Woche könnten bereits erste Paten aus der Verwaltung mit den Teams zusammengebracht werden. In zwei Wochen sollen laut Informationen von Tagesspiegel Background die Staatssekretäre dann über den allgemeinen Stand der Unterstützung aus ihren Ressorts berichten. Denn nun soll es doch schnell gehen: „Wir **drücken hier aufs Tempo**, um die Brücken zu schlagen und damit die Teams in den unmittelbaren Austausch mit den Ministerien gehen können“, erklärt der Regierungssprecher. **Anfang Mai**, so das auf Anfrage erklärte Ziel, soll die finanzielle Förderung starten.



Sebastian
Christ

„Digitaler Impfpass“ soll Weg aus dem Lockdown ebnen

Ein Kölner Konsortium arbeitet derzeit an einer digitalen Lösung, mit der Nutzer ihren Gesundheitsstatus ausweisen können. Dieses System soll helfen, das öffentliche Leben wieder zu normalisieren. Mit an Bord ist auch die Bundesdruckerei.



Seit Tagen läuft die Diskussion, wie Wirtschaft und Gesellschaft im Falle einer konstanten Reduzierung der Infektionszahlen einen Weg aus den **derzeit geltenden Beschränkungen** finden könnten. Unter welchen Bedingungen sind zum Beispiel Reisen irgendwann wieder möglich? Wie schafft man Sicherheit für öffentliche Räume wie etwa öffentliche Transportmittel, in denen sich zwangsläufig viele Menschen aufhalten müssen? Auf welchem Wege lässt sich Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz herstellen? Eine mögliche Lösung sind **digitale Gesundheitszertifikate**, auch bekannt unter dem Begriff „**digitaler Impfpass**“.

Ein Konsortium aus dem Rheinland will [ein System](#) schaffen, mit dem man seinen Gesundheitsstatus auf Nachfrage ausweisen kann. Dieses Gesundheitszertifikat soll für Dritte eine „unanfechtbare und damit verlässliche“ Aussage darüber bieten.

ob jemand **infiziert** ist, **nicht-infiziert** oder womöglich durch eine überstandene Erkrankung sogar **immun**. Auf diese Weise, hofft der federführende Verein **Digital Health Germany**, könne ein schrittweiser Exit aus dem Lockdown effektiv begleitet werden. Gleichzeitig sollen **Daten auch für die Erforschung eines Impfstoffs freigegeben** werden können. Außerdem bestehe die Möglichkeit, die geplante **Tracing-App** einzubinden.

Integration von singulären Lösungen

„Am Anfang stand eine 360-Grad-Betrachtung“, sagt **Ines Manegold**, Managing Director von Digital Health Germany, im Gespräch mit Tagesspiegel Background. „Es gibt **sehr viele singuläre Lösungen**, und das können wir hier nun integrieren. So können wir ganz anders wirksam werden.“ Die Idee sei entstanden während der Verein die Meldeprozesse im Zusammenhang mit der **Covid-19-Pandemie** beobachtet habe. Ziel sei es auch, den Gesundheitsämtern „unter die Arme zu greifen“, so Manegold.

Die Initiative ist nicht-staatlich, sie ging von den Mitgliedern des Kölner Verein aus, unter anderem vom **Uniklinikum Köln**, der **Boston Consulting Group** und dem Unternehmen **mDoc**. Mittlerweile aber, so Manegold, gebe es auch Kontakte in die Politik. Außerdem sind in dem Projekt Partner wie die **Bundesdruckerei** involviert. Manegold betont, dass es sich bei dem digitalen Gesundheitszertifikat um eine europäische Lösung handle, die Daten selbst blieben in Deutschland, was einen substanziellen Unterschied zu den aktuellen Vorstößen von **Plattformbetreibern** darstelle, die ihrerseits an Lösungen für das **Tracing** und das **Informationsmanagement** zwischen Arzt und Patient arbeiten.

Einsatz von Blockchain-Technologie

Auch Menschen, die bisher nicht mit dem Coronavirus infiziert waren, könnten von dem System profitieren: So wäre es zum Beispiel möglich, Ergebnisse von **eventuellen Massentestungen**, die bei einer weiteren Erhöhung der Testkapazitäten denkbar sind, über das digitale Gesundheitszertifikat sichtbar zu machen. Wann das System voll anwendungsfähig ist, kann Manegold noch nicht genau sagen: „Aber die ersten Teile des Projektes sind jetzt schon verfügbar. Wir sind extrem flott unterwegs.“

Hinter dem Gesundheitszertifikat steht ein komplexes Informationsmanagement-System, in dem Patientendaten einerseits **pseudonymisiert** zwischen den Kliniken, Arztpraxen, Testlaboren und dem Patienten selbst übertragen werden, andererseits an Schnittstellen zur Einsichtnahme überprüfbar werden. Das System soll auf Basis von **Blockchain-Technologie** funktionieren. Dabei hätten Nutzer laut Angaben von Digital Health Germany sämtliche Möglichkeiten, Daten freizugeben oder zu sperren.

Bundesdruckerei realisiert Identitäts-Management

Das Projekt zum digitalen Corona-Pass ist ein sehr dynamisches – und wir

„Das Projekt zum digitalen Corona-Pass ist ein sehr dynamisches – und wir befinden uns mittendrin in der Entwicklung“, sagt **Jörg Fischer**, Senior Principal Innovations bei der Bundesdruckerei. Das Unternehmen sei dabei in zwei Rollen beteiligt: Einerseits als **direkter Projektpartner**, andererseits stelle sie als Mitglied der **Govdigital-Genossenschaft** jene Blockchain, die mittels Technologie vom Projektinitiator **ubirch** die Integrität und Authentizität der Daten sicherstellt. Dabei realisiere die Bundesdruckerei vor allem ein sicheres und selbstbestimmtes **Identitäts-Management**, außerdem steure sie die **Identifizierungslösung**.

Grundsätzlich sei die Komplexität der Aufgabe und des Projektes sehr groß, so Fischer. Es geht unter anderem um die **Probenahme samt Identifizierung** der Patienten, um die **Probenanalyse** unter den Sicherheitsbestimmungen des Gesundheitswesens, die **digitale Zuordnung** der Daten zum Patienten sowie die Sicherstellung von Datenschutz und Selbstbestimmung der Nutzer.

Erster Teil des Systems wird bereits in Köln eingesetzt

„Wir als Bundesdruckerei möchten die **Gesundheits- und Identitätsdaten strikt trennen**“, sagt Fischer. „Wir sorgen mit dafür, dass diese Daten nicht verknüpft werden.“ Dabei solle der Datenschutz von Anfang an mitgedacht werden, die Bundesdruckerei setze auf eine **dezentrale Lösung**. Wichtig sei, so Fischer, dass **keine persönlichen Daten** in der Blockchain gespeichert werden, sondern nur Schlüssel. Dabei komme das **Self-Sovereign-Identity-Konzept (SSI)** zum Einsatz, dessen Architektur sicherstelle, dass der Nutzer seine Daten selbstbestimmt verwenden könne.

An der Uniklinik in Köln, die ebenfalls dem Konsortium angehört, ist ein Teil des Zertifikatsprojekts bereits in der Erprobungsphase. Dort wird seit einigen Tagen das „**Corona-Webtool**“ eingesetzt. Damit sollen die Beschäftigten des Infektionsschutzzentrums durch die **kontaktlose Erfassung** von Symptomen und die schnellere Kommunikation von Testergebnissen entlastet sowie die Betreuung von Coronapatienten in Heimquarantäne erleichtert werden. Diese Funktionen könnten nach Auskunft der Uniklinik **später der Teil des Gesamtsystems** werden, mit dem **Informationen erhoben** werden.

BfDI-Referat äußert ethische Bedenken

Das zuständige Fachreferat beim **Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)** kennt das digitale Gesundheitszertifikat bisher nur aus den Medien, erfuhr Tagesspiegel Background. Generell rege die Behörde an, möglichst früh in solche Projekte eingebunden zu werden. Aus datenschutzrechtlicher Perspektive müsse **bei dem Projekt ausgeschlossen** sein, dass jeder **Zugriff auf den Immunstatus** des anderen hat, hieß es in einer Stellungnahme des BfDI-Fachreferats. Außerdem stellten sich auch ethische Grundsatzfragen: „Das **Nichtvorhandensein eines solchen ‚digitalen Immunstatuspasses‘** oder die Anzeige einer fehlenden Immunität gegen das SARS-CoV-2-Virus darf nicht zu Diskriminierung führen. Insoweit muss der Anwendungsbereich dieses ‚digitalen Immunstatuspasses‘ sehr genau bestimmt

werden, insbesondere sehr genau definiert werden.“

Das **Bundesgesundheitsministerium** (BMG) ließ am Dienstagnachmittag eine Anfrage von Tagesspiegel Background zu diesem Projekt unbeantwortet. *Mit Matthias Punz*



Paul Dalg

Corona-App: Bund prüft drei Konzepte

Erst erklärt die Bundesregierung dem Pepp-PT-Standard ihre Unterstützung, nun sollen im Rennen um eine offizielle Corona-Warn-App doch noch zwei weitere Konzepte berücksichtigt werden. Frankreich bleibt bei einer zentralen Lösung und erhöht den Druck auf Apple.



Die Bundesregierung hat für die geplante Corona-Warn-App **drei unterschiedliche technische Konzepte** in der näheren Auswahl. Das geht aus einer Antwort der Regierung auf eine schriftliche Anfrage der Bundestagsabgeordneten **Anke Domscheit-Berg** (Linke) hervor. Danach „betrachtet und bewertet“ die Regierung nicht nur das Konzept des Projekts **Pepp-PT** (*Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing*), sondern auch den rivalisierenden Ansatz **DP3T** (*Decentralized Privacy Preserving Proximity Tracing*) sowie die in Österreich eingesetzte Lösung, die von **Accenture** entwickelt wurde.

Offenbar weiter keine einheitliche Linie in Bundesministerien

[Vor knapp einer Woche](#) erst hatten Bund und Länder noch im Rahmen der Beschlüsse des Corona-Kabinetts erstmals öffentlich erklärt, **vorrangig den Pepp-PT-Standard zu unterstützen**, da dieser datenschutzkonform, anonym und auf europäischer Ebene umsetzbar sei. Allein das Ministerium von Gesundheitsminister **Jens Spahn** (CDU) hatte abweichend vom Bundeskanzleramt betont, dass eine finale Entscheidung für oder gegen eine Lösung noch nicht getroffen sei. Spahn wiederum hatte [gestern mit einer Ankündigung](#) einer digitalen Lösung für ein **Quarantäne-Tagebuch** für zusätzliches Feuer in der Diskussion um digitale Werkzeuge im Kampf gegen das Coronavirus gesorgt.

In einer heftig geführten Debatte um ein **geeignetes Datenschutzkonzept** war das PEPP-PT-Projekt in den vergangenen Tagen in die Kritik geraten. Rund 300 Experten unterzeichneten [einen offenen Brief](#), in dem sie vor der Gefahr von Überwachung und Missbrauch bei einer **zentralisierten Speicherung** von Daten warnten. Sie unterstützten mehrheitlich das DP3T-Konzept.

Domscheit-Berg fordert die Umsetzung des DP3T-Standards

Domscheit-Berg begrüßte, dass die Bundesregierung „entgegen bisheriger öffentlicher Äußerungen“ auch DP3T bei der Auswahl eines geeigneten Standards berücksichtige. Sie forderte den Bund auf, die Empfehlungen der **EU-Kommission** und des **EU-Parlamentes** ernst zu nehmen und **nur noch den dezentralen Ansatz weiterverfolgen**. „Denn nur die Bereitstellung als Open Source, völlige Transparenz im Entwicklungsprozess und die Dezentralität des Datenabgleiches stellen sicher, dass der Datenschutz angemessen berücksichtigt wird.“ Datenschützer und IT-Experten [sind sich dagegen uneins](#), ob ein dezentraler Service zweifelsfrei einer zentralen App-Architektur überlegen ist.

Der Expertenstreit um das beste Datenschutzkonzept für die geplante Corona-Warn-App stieß bei den Digitalverbänden **Bitkom** und **BVDW** auf scharfe Kritik. Es sei wichtig, die Entwicklung der Anwendung „nicht durch langwierige akademische Debatten noch weiter hinauszuzögern“, sagte der Präsident des IT-Verbands Bitkom, **Achim Berg**, dem „Handelsblatt“. Berg sagte weiter, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft seien gefordert, „Vertrauen und Transparenz zu schaffen, damit sie so viele Menschen wie möglich nutzen werden“. „Wir brauchen diese App jetzt und dürfen keine weitere Zeit verlieren.“

In der Debatte geht es vor allem um die Frage, wie wirksam verhindert werden kann, dass die **Daten von Corona-Tracing-Apps** ausgespäht und ausgenutzt werden könnten. Der Bitkom erklärte, es sei nicht entscheidend, ob die App auf einer zentralen oder dezentralen Architektur aufbaue – beides lasse sich datenschutzkonform umsetzen. „Wesentlich ist, dass die verschiedenen nationalen Apps gut zusammenspielen und in der Bevölkerung hohes Vertrauen genießen“, sagte Verbandspräsident Berg.

Frankreich vergrößert Druck auf Apple für Hilfe bei Bluetooth

Alle drei von der Bundesregierung in Betracht gezogenen Konzepten haben derzeit technische Probleme beim Einsatz auf Mobilfunkgeräten von **Apple**. **Frankreich** verlangt nun von den US-Unternehmen, zügig Einschränkungen für den Einsatz der **Bluetooth-Funktechnik** auf seinen iPhones aufzuheben, die einer geplanten Corona-Warn-App im Weg stünden.

Die Smartphones lassen aktuell nicht zu, dass Bluetooth dauerhaft im Hintergrund Daten sammelt und überträgt. „Wir bitten Apple, die technische Hürde zu entfernen, damit wir eine souveräne europäische Lösung entwickeln können, die an unser Gesundheitssystem gekoppelt sein wird“, sagte Digitalminister **Cédric O** dem [Finanzdienst Bloomberg](#) am Montag. Auch in **Dänemark** und bei der **Accenture-App in Österreich** sorgten Einschränkungen beim Bluetooth-Betrieb bereits für Probleme mit der dortigen Corona-Warn-App.

Die französische Regierung bleibt bei zentraler Lösung

Apple und Google haben eine technische Lösung als Basis für Corona-Apps für ihre Betriebssysteme entwickelt auf die Länder bei ihren Warn-Lösungen

...die Betriebssysteme entwickeln, auf die Länder beruhen. Man kann Lösungen aufsetzen können. Erste Schnittstellen dafür sollen im **Mai** verfügbar sein.

Allerdings verfolgt das beim französischen Computerforschungs-Institut **Inria** mitentwickelte App-Konzept einen etwas anderen Ansatz als die beiden US-Konzerne, die unter Hinweis auf den Datenschutz dezidiert auf eine lokale Datenspeicherung setzen. Bei der französischen Lösung sollen Daten zu infizierten Nutzern **zentral** gelagert werden – allerdings auch nicht für den Staat einsehbar sein, wie Inria-Chef **Bruno Sportisse** betonte. *Mit dpa*

Background Nachrichten

Microsoft will Open Data fördern

Der Software-Riese **Microsoft** hat gestern in einer globalen Kampagne seine **neuen Aktivitäten** im Bereich **Open Data** verkündet. Dabei ginge es darum, den Nutzen von offenen Daten für die Gemeinschaft in den Vordergrund zu stellen, schreibt Microsoft-Justiziarin **Jennifer Yokoyama** in einem [Blogpost](#). „Die Förderung von Open Data war nie wichtiger als jetzt“, heißt es darin, unter anderem die **Coronakrise** und der **Klimawandel** zeigten das enorme Potenzial von offenen Daten und Datenkollaborationen auf.

Der Konzern prangert insgesamt eine **wachsende „Daten-Kluft“** an, da gut die Hälfte der verfügbaren Daten in den Händen von weniger als 100 Unternehmen weltweit lägen. Die erwartete Wertschöpfung durch datengetriebene Künstliche Intelligenz konzentriere sich deshalb geografisch auf die USA und China sowie auf wenige Akteure. Microsoft gilt nicht als Unternehmen, das mit dem **Handel von Nutzerdaten** Geld verdient – Konkurrenten wie **Google** und **Facebook** hingegen schon. Insofern dürfte es Microsoft aus Unternehmenssicht leichtfallen, sich mit Nachdruck hinter die so genannte Open-Data-Bewegung zu stellen.

Angekündigt wurden gestern unter anderem **Prinzipien**, die die Arbeit des Konzerns leiten sollen, **Pläne, bestimmte eigene Datenschätze zu öffnen** sowie **Investitionen in die notwendigen Tools, Frameworks und Templates** für das Teilen von Daten. Die Kampagne verfolgt laut einer Sprecherin das Ziel, die eigenen Aktivitäten in diesem Bereich zu bündeln und gleichzeitig einen **Anknüpfungspunkt für externe Partner** zu bieten, die mit Microsoft bei Projekten kooperieren wollen: So will der Internetkonzern beispielsweise **Partnerschaften mit Kommunen** – auch in Deutschland – eingehen, um lokale Datenprojekte zu realisieren. Als Vorbild dafür gilt eine bestehende Kooperation mit der Stadt London.

Microsoft wendet sich mit dem Angebot aber auch an **Regierungen**, um diese „dabei zu **unterstützen, Daten öffentlich zugänglich zu machen** und untereinander zu teilen“, heißt es im Blogpost. Dazu verbündet man sich mit dem

GovLab der New York University. Ziel ist auch, eine „**Gemeinschaft aus Data Stewards** und anderen Daten-Stakeholdern im öffentlichen und privaten Sektor“ aufzubauen. *Imr*

Datenplattform für europäische Coronaforschung gestartet

Die **medizinische Forschung** gegen das Coronavirus wird jetzt in Europa durch schnelleren Datenaustausch besser miteinander verknüpft. Dazu soll die [europäische Daten-Plattform zu Covid-19](#) eine zügige Sammlung und den Austausch verfügbarer Forschungsdaten ermöglichen. Die Plattform ist Teil des **10-Punkte-Aktionsplans „ERAvsCorona“**, über den sich die EU-Forschungsminister vor zwei Wochen verständigt hatten ([Tagesspiegel Background berichtete](#)). Auf der Datenplattform, die **Teil der europäischen Science-Cloud** ist, können Wissenschaftler Datensätze wie DNA-Sequenzen, Proteinstrukturen, Daten aus der vorklinischen Forschung und klinischen Studien sowie epidemiologische Daten speichern und miteinander austauschen.

Die Plattform kam unter Mitwirkung des Europäischen Instituts für Bioinformatik am Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (**EMBL-EBI**) zustande, das sich mit der Nutzung von Big Data in der Biologie beschäftigt. Beteiligt sind auch das **Netzwerk für Lifescience-Forschung „Elixir“** und das europäische **Netzwerk für analytische Daten „Compare“**. Die Plattform beginnt nicht bei null, sondern baut auf bestehenden Vernetzungen zwischen dem EMBL-EBI und Dateninfrastrukturen der nationalen Gesundheitssysteme auf.

„Wir erwarten, dass Experten rund um den Globus **innerhalb weniger Tage Tausende von DNA-Sequenzen** und **Zehntausende von Forschungsartikeln** hochladen“, erklärte EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** zum Start der Plattform. Alle Forscher seien eingeladen, „unser Angebot anzunehmen und die EU-Datenplattform ausgiebig für ihre Arbeit zu nutzen“, sagte die Kommissionsvorsitzende.

Forschungskommissarin **Mariya Gabriel** und Binnenmarkt-Kommissar **Thierry Breton** wollen Freitag im **Industrierausschuss** des Europäischen Parlaments weitere Schritte zur engeren Koordination der EU-Forschungspolitik gegen die Pandemie erörtern. Unter anderem geht es um ein Pilotprojekt zum Aufbau eines **EU-Datenzentrums für Notfallkoordination und -reaktion**. *Manfred Ronzheimer*

App-Streit: vitabook zieht gegen Google vor Gericht

Es gibt Ärger bei der digitalen Versorgung von chronischen Patienten während der Coronakrise: Die App [Patient.Plus](#) des Unternehmens **vitabook**, welche die

Kommunikation zwischen Arzt und Patient bei chronischen Erkrankungen unterstützen soll, wurde gemeinsam mit dem Bundesverband der Pneumologen in Deutschland (BdP) zu einem **Quarantäne-Monitoring-Werkzeug** ausgebaut. Die ursprüngliche App ist bereits seit zwei Jahren in den App-Stores von **Google** und **Apple** erhältlich. Während Apple die neue Version am 5. April ohne Einwände umgehend in den iOS-App-Store integriert habe, soll Google dem Anbieter vitabook die Aufnahme in den vergangenen zwei Wochen bereits zwei Mal verweigert haben, so [vitabook-Geschäftsführer Markus Bönig](#) gegenüber Tagesspiegel Background. Google habe zudem auch die ursprüngliche App aus dem Android-App-Store Google Play entfernt. Gestern hat vitabook deshalb beim Landgericht Köln einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung eingereicht und ein **Ende des App-Ausschlusses** gefordert.

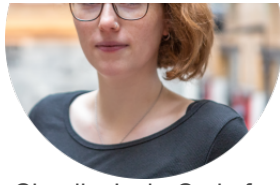
Die Patient.Plus-App wird unter anderem am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, im neurologischen und psychiatrischen Ärztenetzwerk **NeuroTransData** und von Mitgliedern des BdP genutzt. Covid-19-Patienten müssten in Quarantäne mehrmals täglich von ihrem Arzt nach ihrem Befinden befragt werden, heißt es seitens des BdP. Weil Ärzte dies aus Kapazitätsgründen aber nicht leisten könnten, sei eine **digitale Lösung zur Patientenkontrolle** entwickelt worden. In einem Schreiben an die für Europa zuständige Tochter Google Ireland Limited, das Tagesspiegel Background vorliegt, bittet der BdP-Vorsitzende Frank Heimann, die App wieder im AppStore anzubieten: „Insofern bedauern wir es ausdrücklich, dass Sie diese einmalige Möglichkeit den Patienten und Ärzten im AppStore nicht mehr zur Verfügung stellen wollen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie Ihre Entscheidung auch im Sinne der Covid-19 Patienten kurzfristig rückgängig machen würden.“

Google habe in seinen Ablehnungen argumentiert, dass Apps mit Covid-19-Bezug nur zugelassen seien, wenn sie von **behördlicher Seite** kämen, so Bönig. [Das soll laut iPhone-Entwicklern eigentlich auch Apple so handhaben, indem nur von bekannten Institutionen wie Regierungen oder Krankenhäusern Apps mit Bezug zur Coronakrise aufgenommen werden.](#) „Zwei Jahre lang hatte Google nichts zu beanstanden, es gibt ja bereits zahlreiche Patienten mit chronischen Erkrankungen, die die App nun nicht mehr nutzen können“, so Bönig weiter. Der Fall zeige, welche Probleme durch **Monopol-Stellungen** entstehen würden. Der vitabook-Geschäftsführer ist überzeugt, dass hier langfristig an einer europäischen Lösung zur Bereitstellung von digitalen Gesundheitsanwendungen gearbeitet werden müsse. *gg*

Background **Standpunkt**



Mit Open Government besser durch die
Krise



Claudia Jach, Code for Germany

Mit einzelnen digitalen Pilotprojekten können Verwaltungen die Corona-Krise nicht überstehen: Stattdessen braucht es Open Data, offene Software und gemeinsame Standards, fordert Claudia Jach von Code for Germany.



Einzelne digitale Prototypen zur Krisenbewältigung können öffentliche Verwaltungsstrukturen nicht ersetzen. Im Gegenteil, die Strukturen sind Voraussetzung für erfolgreiche **digital-soziale Innovationen** und Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltungen. [Code for Germany](#) beobachtet, dass in der gegenwärtigen Krise die Kommunen am handlungsfähigsten sind, die eine sehr gute **offene IT-Infrastruktur** und entsprechend geschultes IT-Personal haben.

Aus langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit wissen wir, welche Vorteile **Open Government** den Kommunen in ihrer Arbeit bringt. Dies gilt in Krisen umso mehr, in denen unter Zeitdruck und wechselnden Umständen staatliche Funktionen umgesetzt oder erweitert werden müssen. Verwaltungen haben die Aufgabe, ihre Handlungsfähigkeit demokratisch aufrecht zu erhalten. Dafür ist Open Government ein geeignetes **digitales Werkzeug**.

Open Government bedeutet, dass Verwaltungen und Regierungen transparent, kooperativ und partizipativ arbeiten. Verwaltungen werden auch für die Zivilgesellschaft geöffnet, um gemeinsam bessere Entscheidungen für die Allgemeinheit zu treffen. Daraus ergeben sich spezifische Anforderungen an die **Digitalisierung von Verwaltungshandeln**. In einem [Handbuch](#) hat Code for Germany diese Probleme adressiert und die Vorteile von Open Government aufgezeigt. Drei Punkte daraus sind von zentraler Bedeutung für krisenresiliente Verwaltungen:

1. Open Data bereitstellen und Datensouveränität sichern

Open Data ist Voraussetzung für Open Government. Allerdings zeigt die Krise, dass in vielen Bereichen Open Data fehlt, obwohl die entsprechenden **öffentlichen Daten** ohnehin erhoben werden und Verwaltungen vorliegen. Öffentlich finanzierte Daten sind von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten, nur schwer auffindbar und **schlecht automatisch verarbeitbar**. Oft haben sie Nutzungsrechte, die eine Weiterverarbeitung erschweren. Öffentliche Stellen müssen Souveränität über ihre eigenen Daten haben und sie **proaktiv auf Open-Data-Portalen veröffentlichen**, damit Innovation in Krisenzeiten nicht gehemmt wird und gemeinsam zentrale Verwaltungsdienstleistungen gesichert werden können. **Offene CC-Lizenzen beseitigen** rechtliche Unklarheiten von Anfang an und erhöhen den Spielraum in der Zusammenarbeit mit Akteuren inner- und außerhalb der Behörden.

2. Öffentliche Gelder für freie und offene Software verwenden

Die verwendete **proprietäre Software** wurde meist für einen bestimmten Zweck im Normalzustand entwickelt und eigene Anpassungen sind den Verwaltungen lizenzrechtlich nicht erlaubt. Daraus entsteht der **Lock-In-Effekt**. Verwaltungen sind an bestimmte Unternehmen gebunden, die Kosten und Arbeitszeit vorgeben. Die Förderung und der Einsatz von freier und offener Software (Open Source) hingegen ermöglichen einen zeitgemäßen Umgang mit Daten und machen Verwaltungen unabhängiger. Die Software kann von Mitarbeitenden in den Verwaltungen an Krisensituationen angepasst oder verfügbare Entwicklerinnen und Entwickler beauftragt werden – **dezentral und agil**.

3. Transparenz und Partizipation durch offene Standards digital ermöglichen

In Krisenzeiten gibt es einen hohen Bedarf an Informationen zur aktuellen Lage. Daten in digitalen Anwendungen sind aber oft intransparent eingesetzt und es ist unklar, wo und wie sie erhoben und ob sie bereits interpretiert oder verändert wurden. Durch Open Data sind die **Primärquellen einsehbar**, wodurch einem Vertrauensverlust in Verwaltungen entgegengewirkt werden kann. Daten zu den gleichen Sachverhalten werden je nach Bundesland aber oft in verschiedenen Formaten und mit unterschiedlichen **technischen Standards** veröffentlicht. Vergleichbarkeit und Zusammenführung wird dadurch erschwert. Offene Standards schaffen Abhilfe, da dadurch technische Parameter vordefiniert werden, vergleichbar mit dem Standard für Steckdosen, der verhindert, dass wir in einer bestimmten Region Adapter für Geräte brauchen.

Kommunen, die auf Open Government setzen, sind dadurch **widerstandsfähiger und belastbarer**, ihre eigene Handlungsfähigkeit wird gestärkt. Sie können von der Expertise der digitalen Zivilgesellschaft profitieren, nicht nur in einzelnen Prototypen, sondern auch in Beratung und gemeinsamen Projekten. Dafür ist allerdings zusätzlich eine Förderung des **digitalen Ehrenamts** nötig – als vorausschauende Investition in zukünftige Krisen.

Claudia Jach ist Politikwissenschaftlerin und Projektmanagerin für Code for Germany bei der Open Knowledge Foundation Deutschland. Code for Germany ist ein Netzwerk ehrenamtlich Aktiver, das sich für einen nachhaltigen digitalen Wandel in Politik und Verwaltung einsetzt.

Background Im Porträt



Laurent Petit

Gründer von Active Giving

Die Idee für sein **Climate Tech Start-up Active Giving** kam dem Belgier **Laurent Petit** 32 auf dem Fahrrad. Um



ran zum Bergier **Laurent Petit**, 32, aus dem Jura. Um sich selbst herauszufordern, brach er 2015 auf eine **1.000 Kilometer** lange Fahrradtour durch Europa auf, nur mit Zelt und Schlafsack bewaffnet. Petits Start-up begann mit einer

Frage: „Was wäre, wenn Menschen sich für eine soziale Einrichtung **sportlich herausfordern**, statt Geld zu spenden?“

Joggen fürs Klima

Zuvor hatte er schon einmal versucht, seine Beinkraft und Social-Media-Reichweite dazu zu nutzen, eine wohltätige Organisation zu unterstützen. Magazine und Zeitungen berichteten über sein Vorhaben – doch trotz der medialen Aufmerksamkeit, kamen nur um die **2.000 Euro** zusammen. „Ich war sehr überrascht: Alle sagten mir ihre Unterstützung zu, aber am Ende wollte niemand spenden.“ Durch die **Urban Art Runs**, die Petit bereits organisierte, sowie durch die Arbeit an einer Fitness App, hatte er inzwischen gelernt, dass viele Sportler sehr bereitwillig an wohltätigen Events teilnehmen und ihre Leistungsdaten teilen. Er zählte eins und eins zusammen – die Idee für Active Giving war geboren. Und ließ ihn nicht mehr los.

Das Konzept: Mit sportlicher Aktivität, die digital aufgezeichnet wird, können Nutzer nicht nur einen Beitrag für ihre eigene Gesundheit leisten, sondern auch für die Gesundheit des Planeten. Aktuell werden dafür gelaufene oder geradelte Kilometer und verbrannte Kalorien mit **Bäumen belohnt**, die für verschiedene Aufforstungsprojekte von Partner-Organisationen wie **Trees for the Future** in Afrika und Asien gepflanzt werden. In Zukunft sollen Nutzer auch zwischen anderen Projekten und Organisationen wählen können, die sie unterstützen möchten. Finanziert werden die wohltätigen Projekte über Sponsoring.

Mit Hashtag zum Setzling

Seit drei Jahren lebt Petit in Berlin, nach Stationen unter anderem in Paris, Kapstadt, Mailand und New York. „I belong to the world“, erklärt Petit, der nur wenig Deutsch spricht. Brauche man nicht, in der Start-up Szene. Im Mai 2019 gewannen Petit und seine beiden Mitgründer **Till Harnos** und **Brittany Salas** den ersten Platz beim Techstar Start-up Weekend. Passend zum heutigen **Tag der Erde** geht Active Giving nun offiziell an den Start und wird in Kürze eine App zur Verfügung stellen.

Bislang funktionierte das „Bäume sammeln“ nur über **Instagram**: Die getrackten Leistungen wurden dabei von den Sportlern als **Story oder Post geteilt** und die Bäume manuell berechnet und per Nachricht bestätigt – von Petit persönlich. Vor allem sonntags, wenn alle Läufer ihre Long Runs machten, sei er oft den ganzen Nachmittag beschäftigt gewesen, berichtet er. Fast **15.000 sportliche Aktivitäten** wurden so Stand April aufgezeichnet. In wenigen Tagen wird der **Prozess durch die App automatisiert** und Laurent Petit das Leben leichter machen. Challenges, Anreize zum Teilen sowie die Möglichkeit, Teams zu gründen, sollen aus Einzelkämpfern eine Community machen und Nutzer zum Sport treiben

motivieren.

Die aktuelle Corona-Situation, in der Marketingbudgets, Fitnessstudiobesuche und Sportveranstaltungen auf Eis liegen, bedroht nun das Geschäftsmodell des jungen Unternehmens. „Es war eine Achterbahnfahrt“, fasst Petit die letzten Wochen zusammen. Doch bei dem Start-up wurde schnell reagiert: Auf ihrer Website findet sich eine Übersicht mit **virtuellen Sportkursen**, die täglich live angeboten werden. Petit bleibt optimistisch: die Skalierbarkeit der Onlinekurse sei gigantisch. Zudem sehe er auch Gesundheitsapps wie Active Giving als Lösung dabei, Pandemien wie die aktuelle vorzubeugen: Durch das **Sammeln von Gesundheitsdaten**, die direkte In-App-Kommunikation mit den Nutzern und natürlich, den „Call to action“ Sport zu machen und so sein Immunsystem zu stärken. Auch eine Zusammenarbeit mit Krankenkassen hält Petit in Zukunft für möglich. Trotz der momentanen Unsicherheit ist Petit sich sicher: Weiter geht es auf jeden Fall. *Insa Schniedermeier*

Background Stellenanzeigen

Die DigitalAgentur Brandenburg sucht ab sofort eine "Bereichsleitung Digitale Infrastrukturen"

Karrierestufe: leitende*r Angestellte*r, berichtet an Geschäftsführer

Tätigkeitsbereich: Digitalisierung #einfachMachen! Gestalten Sie die Transparenz und den Ausbau des Breitbands in Brandenburg mit. Fungieren Sie als Ansprechpartner*in rund um kabel- und funkbasierte Breitbandinfrastrukturen. Sie arbeiten intern und extern stets auf Entscheidungsebene und schlagen die Brücke zwischen Kommunen, Landesministerien und Betreibern.

Gehalt: AT-Vertrag in Anlehnung bis BesGr. B2

Standort: Potsdam / Brandenburg

[Mehr erfahren](#)

Ihr Background-Team













Sebastian Christ



Paul Dala



	 
Viola Heeger	
Matthias Punz	
Lina Rusch	 
Miriam Schröder	 
Oliver Voß	 

- Fotohinweise -

Leonard Wolf (Claudia Jach), Vismante Ruzgaite (Laurent Petit)

Der Tagesspiegel Background Digitalisierung & KI erscheint täglich als E-Mail-Briefing um 6 Uhr. Alle Artikel und weitere Entscheider-Briefings finden Sie auf unserem Portal unter background.tagesspiegel.de.

- IMPRESSUM -

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Askanischer Platz 3, 10963 Berlin

Geschäftsführer: Farhad Khalil, Ulrike Teschke

Chefredakteure, v.i.S. von §55 Abs. 2 RStV: Lorenz Maroldt, Mathias Müller von Blumencron

AG Charlottenburg HRB 43850, UID: DE 151725755, Fax: (030) 29021-599

Redaktion: Sebastian Christ, Paul Dalg, Viola Heeger, Torben Klaus, Matthias Punz, Lina Rusch, Miriam Schröder, Oliver Voss

Fragen zu redaktionellen Inhalten, zum Datenschutz & technischen Problemen: background-digitalisierung@tagesspiegel.de

Fragen zu Anzeigen: anzeigen@tagesspiegel.de

Fragen zum Abonnement: background.service@tagesspiegel.de

[DATENSCHUTZ](#) | [KONTAKT](#) | [IMPRESSUM](#)

Sie wollen das Background-Briefing nicht mehr erhalten?

Einfach hier klicken: [Briefing abbestellen](#)

